

# Neues aus Niedersachsen

## Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Leserinnen und Leser,

der Termin der Kanzlerwahl steht und auch in Niedersachsen werden die Konturen der Regierungsumbildung immer deutlicher. Damit bricht eine spannende Zeit für Niedersachsen und Deutschland an!

Die Koalitionsgespräche auf Bundesebene sind abgeschlossen und damit kommt endlich wieder unsere Chance, Themen und Projekte auf Bundesebene umzusetzen. Aus unserer Landtagsfraktion saßen Fraktions- und Parteichef Sebastian Lechner und Dr. Marco Mohrmann (Generalsekretär und Koordinator der agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen in Deutschland und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) am Tisch, um unsere Themen im Koalitionsvertrag zu verankern.

Ich persönlich freue mich, dass nun endlich wieder ein Aufschwung möglich wird, wenngleich große Aufgaben vor den Koalitionären von CDU/CSU und SPD liegen. Weil mich das Thema in den vergangenen Wochen besonders intensiv beschäftigt hat, habe ich mich entschieden, meine Meinung etwas ausführlicher darzustellen. Aus diesem Grund finden Sie auf den folgenden Seiten auch einen Essay für einen „Neuen Realismus in der deutschen Politik“. Ich freue mich auf Ihr Feedback und Ihre Gedanken, die Sie mir gerne jederzeit auch per E-Mail schicken können. Und auch in Hannover liegen interessante Wochen hinter uns. Neben unserem März-Plenum durfte ich im März den Automobilgipfel unserer CDU-Fraktion ausrichten – einen Expertentalk zur Zukunft des Autolandes Niedersachsen. Auch hierzu finden Sie in dieser Ausgabe meines Newsletters einen ausführlichen Artikel.

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen!



## Neuer Realismus für Deutschland – Der echte Politikwechsel muss jetzt kommen

Die jüngsten Entscheidungen über Milliarden-Sonder(schulden) haben viele Menschen tief bewegt – auch mich persönlich. Als Abgeordneter, Familienvater und Vorgesetzter frage ich mich: Ist unser Land auf dem richtigen Weg, wenn wir immense Schulden aufnehmen und damit den kommenden Generationen Handlungsspielräume nehmen?

Diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Es geht um mehr als um eine Abstimmung oder eine Grundgesetzänderung – es geht um die Zukunft Deutschlands in einem starken Europa. Die mit den aktuellen Beschlüssen ermöglichte Billionenverschuldung hat langfristige Auswirkungen auf unsere Stabilität und Handlungsfähigkeit. Gerade angesichts unsicherer Finanzmärkte müssen wir vorsichtig agieren.

Eine solide Haushaltspolitik ist entscheidend – im Bund, in Ländern und Kommunen. Gleichzeitig braucht es Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und Klimaschutz. Nur so können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft bieten.

Doch eines ist klar: Die bereitgestellten Milliarden dürfen kein Freibrief für Wahlgeschenke sein. Sie müssen als Auftrag für eine verantwortungsvolle, zukunftsgerichtete Politik verstanden werden. „Am Geld wird es nicht scheitern“, heißt es oft – aber vielleicht an überfälligen Reformen?



Jetzt kommt es darauf an, Bürokratie abzubauen, das sogenannte „Deutschland-Tempo“ umzusetzen und schwierige, aber notwendige Entscheidungen nicht zu scheuen. Die Zeiten werden kurzfristig härter – aber nur so kann es langfristig besser werden.

Die politische Lage bleibt herausfordernd, trotz verfügbarer Mittel. Der eingeschlagene Kurs ist aus meiner Sicht richtig. Doch nun müssen wir alte Knoten durchschlagen – und sicherstellen, dass aus finanziellen Spielräumen echte Fortschritte werden. Darauf kommt es jetzt an.

## Niedersachsen auf dem Weg zum Fahrradland Nummer 1 – Wie wir den Radverkehr weiter stärken können

In Niedersachsen nimmt der Trend zum Fahrradfahren immer mehr Fahrt auf. Ob im Alltag, beim Sport oder dank der zunehmenden Verbreitung von E-Bikes – immer mehr Menschen setzen auf das Rad. Dieser Aufschwung ist besonders in Zeiten steigender Mobilitätskosten und eines verstärkten Fokus auf Klimaschutz und Flexibilität im Verkehr von großer Bedeutung. Der Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur spielt dabei eine entscheidende Rolle.

### Erreichte Meilensteine

Niedersachsen kann bereits auf beachtliche Fortschritte verweisen. Das Radwegenetz umfasst mittlerweile über 3.000 km entlang der Bundesstraßen und rund 4.800 km an Landesstraßen. Besonders hervorzuheben sind die Weser- und Elbradewege, die zu den beliebtesten Radrouten in Deutschland gehören. Diese Zahlen zeigen, dass Niedersachsen in Sachen Radverkehr gut aufgestellt ist.

### Der Ausbau geht weiter

Dennoch gibt es noch viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Das Ziel der rot-grünen Landesregierung, den Anteil des Radverkehrs bis 2030 auf mindestens 25% zu steigern, ist ein ambitioniertes Vorhaben, das ohne zusätzliche Investitionen nicht zu erreichen ist. Es ist jedoch entscheidend, dass diese Investitionen nicht zulasten anderer Verkehrsinfrastrukturprojekte wie Straßen und Brücken gehen. Eine ausgewogene und zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

**Forderungen für die Zukunft:**  
E-Bike-Infrastruktur und Bürger-radwege



Ein besonders wichtiger Punkt ist der Ausbau der E-Bike-Infrastruktur. E-Bikes haben sich in den letzten Jahren zu einem echten „Gamechanger“ entwickelt – sei es im Alltag oder für Freizeitaktivitäten. Sie bieten nicht nur eine schnelle, gesunde und umweltfreundliche Fortbewegungsmöglichkeit, sondern erfordern auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur, um ihre Nutzung weiter zu fördern. Besonders in ländlichen Regionen und in den Städten Niedersachsens muss hier dringend nachgebessert werden, um den Erfolg von E-Bikes langfristig sicherzustellen.

Ein weiterer Bereich, der bislang zu wenig Beachtung findet, sind Bürgerradwege. In verschiedenen Regionen Niedersachsens gibt es bereits erfolgreiche Beispiele von Bürgerinitiativen, die sich für den Bau von Radwegen entlang wichtiger Strecken eingesetzt haben. Ein solches Projekt, das unter anderem im Wahlkreis des CDU-Abgeordneten erfolgreich umgesetzt wurde, ist der Bürgerradweg entlang der L345. Das Projekt wurde von einem lokalen Verein mit Unterstützung eines Sonderetats für Bürgerradwege im Haushalt realisiert und dient als Modell für weitere Initiativen.

Diese Art von bürgerschaftlichem Engagement sollte auch in Zukunft durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützt werden.

**Fazit:** Gemeinsam für ein besseres Fahrradland

Die Richtung, in die Niedersachsen sich mit dem Ausbau des Radverkehrs bewegt, ist grundsätzlich richtig und vielversprechend. Um das Ziel, das Fahrradland Nummer 1 zu werden, zu erreichen, sind jedoch weitere Investitionen und eine ganzheitliche Strategie erforderlich, die sowohl den Ausbau von Radwegen als auch die Förderung innovativer Lösungen wie der E-Bike-Infrastruktur und Bürgerradwege umfasst. Durch kluge und ausgewogene Investitionen kann Niedersachsen die Fahrradlandschaft weiter verbessern und für die Zukunft wappnen.

Bleiben Sie auf dem Laufenden und verfolgen Sie mit uns gemeinsam, wie sich Niedersachsen als führendes Fahrradland weiterentwickelt.

## Wir warten auf neue Impulse!

Mit dem angekündigten Rücktritt von Stephan Weil endet eine Ära der politischen Führung in Niedersachsen. Zwölf Jahre lang hat er das Land als Ministerpräsident geprägt. Für seinen Einsatz gebühren ihm Respekt und Dank. Die CDU-Fraktion im Landtag und ich persönlich wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute.

Doch auch wenn der Blick zurück wichtig ist – jetzt kommt es darauf an, wie wir die Zukunft gestalten. Unser Bundesland steht vor enormen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Erholung, die Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsstrukturen, mehr innere Sicherheit sowie eine realistische und klare Migrationspolitik müssen ganz oben auf der Agenda stehen.

Vor diesem Hintergrund sorgt Weils Rücktritt für viele Fragen. Noch im Wahlkampf 2022 hatte er angekündigt, bis 2027 im Amt zu bleiben. Dass er nun vorzeitig abtritt, überrascht viele Menschen – und wird nicht zu Unrecht als parteipolitisch motivierte Entscheidung gewertet, insbesondere angesichts der schlechten Umfragewerte der SPD nach der Bundestagswahl.



Nun stehen wir vor einem politischen Wendepunkt. Als CDU-Fraktion setzen wir uns für einen echten Neuanfang ein. Wir wollen nicht einfach am Bestehenden festhalten, sondern neue Wege gehen – mit frischen Ideen und dem Mut, Dinge grundlegend zu verändern. Niedersachsen braucht keine Verwaltung des Status quo, sondern mutige Politik mit klarer Haltung.

Ich habe in den vergangenen Jahren mit Olaf Lies konstruktiv zusammengearbeitet. Wir konnten in verschiedenen Themenfeldern gemeinsame Lösungen finden. Doch auch wenn ich ihn als Person schätze, ist klar: Die Herausforderungen erfordern jetzt mehr als politische Routine – sie erfordern eine neue Dynamik und echte Innovationskraft.

Besonders wichtig ist, dass wir uns nicht in Koalitionsstreitigkeiten verfangen. Es ist bekannt, dass es in zentralen Feldern wie Energie-, Verkehrs- und Migrationspolitik Meinungsverschiedenheiten gibt. Diese Differenzen dürfen nicht zu Blockaden führen. Stattdessen müssen wir gemeinsam tragfähige Kompromisse erarbeiten, um unser Land nach vorn zu bringen.

Jetzt ist der richtige Moment für einen klaren politischen Aufbruch. Die CDU ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen Politik gestalten, die den Menschen dient, statt an alten Konzepten festzuhalten. Die kommenden Wochen und Monate werden entscheidend dafür sein, ob Niedersachsen Orientierung, Stabilität und Zukunftsperspektive erhält.

Ich freue mich darauf, diesen Weg gemeinsam mit den Menschen in unserem Land zu gehen – mit Entschlossenheit, Klarheit und dem festen Willen, Niedersachsen zukunftsfähig zu machen.

### **Frölich: Bauen muss einfacher, schneller und günstiger werden – Novelle der NBauO jetzt fortsetzen**

Der baupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Frölich, fordert eine zügige Fortsetzung der Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO). „Niedersachsen braucht ein Bauordnungsrecht, das unkompliziertes, schnelles und kostengünstiges Bauen ermöglicht“, so Frölich. Die CDU hat dazu einen Entschließungsantrag mit zwölf praxiserprobten Vorschlägen eingebracht, die auf Erfahrungen aus der Planungspraxis und Frölichs beruflichem Hintergrund beruhen.

Ein zentrales Ziel ist der Abbau bürokratischer Hürden. Frölich kritisiert zusätzliche, rechtlich nicht abgesicherte Anforderungen einzelner Brandschutzbeauftragter,

die Bauprojekte verzögern und verteuern. Die CDU fordert deshalb eine Angleichung der Rettungsweganforderungen an die bundesweite Musterbauordnung.

Auch die Photovoltaikpflicht sieht Frölich kritisch. Sie verteuere Sanierungen und Neubauten, ohne nennenswerten Ertrag zu bringen. Die CDU fordert daher ein Aussetzen der Pflicht bis Ende 2028. Ebenso solle die kommunale Flexibilität bei Stellplatzregelungen erhalten bleiben, insbesondere im Umland größerer Städte

• Eine weitere Forderung betrifft die BauPrüfVO: Künftig soll der Bauherr den Prüfstatiker vorschlagen dürfen



– eine einfache Maßnahme zur Senkung von Baukosten und -dauer.

Frölich appelliert abschließend an die Landesregierung: „Diese Vorschläge dürfen nicht in die nächste Novelle verschoben werden. Es ist Zeit zu handeln – für bezahlbares, schnelles und praxisnahes Bauen in Niedersachsen.“

### **Jensen: Landwirte haben geliefert – jetzt muss Rot-Grün nachziehen**

Hannover. Vor fünf Jahren wurde mit dem „Niedersächsischen Weg“ eine bundesweit einzigartige Vereinbarung zwischen Politik, Naturschutz und Landwirtschaft geschlossen – für mehr Natur-, Arten- und Gewässerschutz durch Kooperation statt Konfrontation. Fünf Jahre später zieht die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen eine ernüchternde Bilanz: „Die Landwirte haben geliefert, doch die Landesregierung bleibt die zugesagten finanziellen Kompensationen schuldig.“

Kritikpunkt: Es gibt bis heute keinen eigenen Finanzierungstopf für den Niedersächsischen Weg. Besonders betroffen sind Gelder für den Erschwernisausgleich, etwa für Gewässerrandstreifen – sie wurden wegen fehlender Rechtsgrundlagen nicht ausgezahlt. Minister Meyer konnte keinen Zeitpunkt nennen, wann dies geschehen wird.

Jensen warnt: „Viele Landwirte erleiden Verluste und sehen ihr Eigentum entwertet – ohne Ausgleich. Das gefährdet die Akzeptanz des Projekts.“ Weitere Umsetzungsprobleme:

- Unklare Regelungen zum Grünlandumbruch, insbesondere bei Bodenfeuchtestufen und Moorkulisse.
- Ökologische Stationen sind personell und finanziell unzureichend ausgestattet.
- Der Wiesenvogelschutz wird nur zu 90 statt der zugesagten 100 Prozent gefördert.
- Nur neun Biodiversitätsberater im ganzen Land.

„Der Niedersächsische Weg darf nicht zur Sackgasse werden“, mahnt Jensen. Die CDU fordert klare rechtliche Grundlagen, verbindliche Umsetzung und



verlässliche Finanzierung. Das aktuelle Positionspapier zum fünfjährigen Jubiläum betont:

- Kooperation statt Konfrontation
- Verbindlichkeit statt Verzögerung
- Verlässliche Finanzierung

„Nur wenn diese Punkte erfüllt werden, kann der Niedersächsische Weg ein Erfolgsmodell bleiben – für Natur, Landwirtschaft und Gesellschaft“, so Jensen.

### **Butter: Opfer häuslicher Gewalt jetzt wirksam schützen – CDU fordert elektronische Fußfessel**

Angeichts der gestiegenen Zahlen häuslicher Gewalt fordert die CDU-Landtagsabgeordnete Birgit Butter die sofortige Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter. „Jeder Tag zählt – die Opfer können nicht länger warten“, betont Butter. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 weist 32.545 Fälle aus – ein Anstieg um neun Prozent.

Butter kritisiert die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung scharf: „Seit 139 Tagen liegt kein Gesetzesentwurf vor. Die CDU-Fraktion hat ihren bereits eingebracht.“ Sie fordert Innenministerin Behrens auf, den CDU-Entwurf als Grundlage zu nutzen – oder einen eigenen, besseren vorzulegen. „Aber handeln Sie endlich!“

Die Argumentation der Landesregierung, man müsse auf eine bundesweite Regelung warten, weist Butter zurück. „Das verkennt das Verhältnis zwischen dem Gewaltschutzgesetz und dem niedersächsischen Polizeirecht.“ Andere Bundesländer wie Hamburg hätten längst gehandelt.

Butter wirft Behrens vor, die Einführung bewusst zu verzögern – möglicherweise als politisches Druckmittel in der Polizeirechtsreform. „Das wäre ein Schlag ins Gesicht aller Opfer häuslicher Gewalt.“

Sie verweist auf Fälle wie Vanessa Münstermann, die die Fußfessel fordert – aber nur symbolische Gesten erhalte.



Butter abschließend: „Taten statt Worte, Machen statt Warten. Frau Ministerin: Jeder Tag zählt!“

### **Butter: Jeder Tag zählt: Opfer häuslicher Gewalt endlich wirksam schützen – elektronische Fußfessel für Gewalttäter sofort einführen**

Der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett fordert eine gezielte Vorratsdatenspeicherung zur effektiveren Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie. „Ermittler brauchen die Möglichkeit, IP-Adressen zu speichern, um Täter zu identifizieren. Der Schutz von Kindern muss oberste Priorität haben“, so Plett.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Landesregierung in einem Antrag auf, eine Bundesratsinitiative zur gezielten Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten zu starten. Grundlage ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 20. September 2022. Dieses lehnt eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab, erlaubt aber ausdrücklich eine

gezielte Speicherung zur Bekämpfung schwerster Straftaten wie Kindesmissbrauch.

Plett betont die Dringlichkeit: „2021 konnten über 2.000 Hinweise aus dem Ausland nicht verfolgt werden, weil IP-Daten fehlten. Täter dürfen nicht ungestraft bleiben, nur weil wir sie technisch nicht aufspüren können.“

Die CDU kritisiert das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, bei dem Daten erst nach einem Anfangsverdacht gesichert werden. Dieses sei nicht effektiv genug, da bei fehlerhafter Speicherung keine nachträgliche Sicherung möglich sei.

In Niedersachsen stieg die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Kinderpornografie 2021 um 76



Prozent. Viele Täter konnten trotz intensiver Ermittlungen nicht identifiziert werden.

Plett fordert: „Der Staat muss seine Möglichkeiten ausschöpfen. Eine gezielte Vorratsdatenspeicherung unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit ist notwendig, um Kinder zu schützen.“

### **Lutz: Auch Niedersachsen hat die Aufgabe die Bundeswehr zu stärken – CDU-Fraktion bringt dazu Gesetzentwurf ein**

Die CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen hat den Gesetzentwurf „Gesetz zur Stärkung der Bundeswehr in Niedersachsen“ eingebracht. Die wissenschafts- und sicherheitspolitische Sprecherin Cindy Lutz betont: „Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage ist es unsere Verantwortung, die Bundeswehr zu stärken und Niedersachsen als verlässlichen Partner zu positionieren.“

Der Entwurf setzt vier zentrale Schwerpunkte:

- Hochschulgesetz: Forschung mit sicherheitsrelevantem Bezug soll ohne ideologische Einschränkungen gefördert werden. Kooperationen mit der Bundeswehr werden gesetzlich abgesichert, die Wissenschaftsfreiheit bleibt gewahrt.

- Schulgesetz: Sicherheitspolitische Bildung sowie berufliche Orientierung durch die Bundeswehr werden gesetzlich verankert. Jugendoffiziere sollen staatsbürgerliche Bildung fördern und über sicherheitspolitische Zusammenhänge aufklären.

- Denkmalschutz/Baurecht: Militärische Infrastrukturprojekte erhalten durch beschleunigte Verfahren Vorrang, ohne grundlegende Standards zu vernachlässigen.

- Raumordnung: Sicherheitsinteressen gelten künftig als überragendes öffentliches Interesse, um militärisch strategische Standorte langfristig zu sichern.

Lutz kritisiert die bisherige Zivilklausel in der Forschung: „Sie passt nicht mehr in die sicherheitspolitische Realität.“ Abschließend betont sie: „Das Gesetz ist Niedersachsens Beitrag zur sicherheitspolitischen Zeitenwende. Es stärkt Forschung, Bildung und Infrastruktur für eine sichere Zukunft.“



## Der Monat in Bildern

**Besuch des Amtsgerichts Sulingen  
mit Christian Calderone**



**Interview zum Automobilgipfel**



**Eröffnung der Wohnanlage der  
Lebenshilfe in Sulingen**



**Gespräch mit der NBank**



**Fraktionsbesuch in der  
Bundeswehrkaserne in  
Rotenburg**

